

Nein zu Windrädern im Wald

Eisenberg. Während die Prüfung und Auswertung der Stellungnahmen zum Abschnitt Windenergie des Regionalplanes Ostthüringen in die Endphase geht, bekräftigt Landrat Andreas Heller sein Nein zu Windrädern im Wald. „Ich werde keinem Entwurf zustimmen, der die Rodung von Waldflächen im Saale-Holzland-Kreis vorsieht“, erklärt er. „Neuen Windvorranggebieten im Landkreis kann ich guten Gewissens nur da zustimmen, wo sie mehrheitlich von den Bürgern und deren politischen Vertretern gewollt sind.“ Es könne nicht darum gehen, neue Windkraftanlagen mit aller Macht durchzudrücken. „Da können mich die Bürgerinitiativen und die Menschen im Landkreis beim Wort nehmen“.

Für den Landrat gilt in Sachen Windkraft dieselbe Prämisse wie für die Energiewende insgesamt: Augenmaß. „Nur so viel Ausbau wie nötig, so wenig Beeinträchtigung für Mensch und Natur wie möglich.“ Dies gelte besonders für die Ausweisung von Windvorranggebieten im Wald. „Wenn Windkraftanlagen vor Ort gewünscht werden, bin ich der Letzte, der auf die Bremse tritt“, so der Landrat. „Aber wo das nicht der Fall ist, müssen wir die Sorgen und Argumente der Bürger ernst nehmen.“ Deshalb will sich der Landrat weiter für eine Reduzierung der ursprünglich ausgewiesenen Vorranggebietsflächen stark machen.

Dass sich die Windkraft zu einem solch emotional aufgeheizten Thema in Thüringen entwickelt habe, ist im Koalitionsvertrag der Landesregierung begründet. Rot-Rot-Grün will durchdrücken, dass auf einem Prozent der Flächen Windvorranggebiete festgelegt werden – eine Verdreifachung der Fläche für Windkraftanlagen –, und macht dabei auch vor Windrädern im Wald nicht Halt.

Inzwischen haben sich landesweit zahlreiche Bürgerinitiativen gegründet, die gegen die übermäßige Ausweisung von Windvorranggebieten kämpfen.

Landrat Heller begrüßt dieses bürgerschaftliche Engagement grundsätzlich: „Wir brauchen das Gespräch miteinander, und wir brauchen einvernehmliche Lösungen. Dazu sind auch die Aktivitäten der Bürgerinitiativen, wenn sie mit demokratischen Mitteln erfolgen, völlig legitim. Fundierte Kenntnisse im Bau- und im Planungsrecht, im Naturschutzrecht und im Immissionsschutz – mit diesen Hebeln können engagierte Bürger dazu beitragen, beim Ausbau der Windkraft Wildwuchs zu verhindern. Ich habe den Austausch mit deren Vertretern stets gesucht und biete das auch weiterhin an.“

Rund 7.700 Stellungen waren zum Abschnitt Windenergie des Regionalplanes Ostthüringen bei der Regionalen Planungsgemeinschaft eingereicht worden. Deren gründliche Auswertung werde noch bis ins zweite Quartal hinein Zeit in Anspruch nehmen, hatte die Präsidentin der Regionalen Planungsgemeinschaft Ostthüringen, Martina Schweinsburg, im Januar mitgeteilt.